



Vorurteile oder Frieden?

Zum Streit um die Ukraine

„Putin lässt uns nicht los. Nun wirft man ihm auch noch vor, seine Interessen nicht nur in der Ukraine, sondern auch auf dem Balkan und in den östlichen Staaten der EU zu verfolgen. Und zwar – besonders perfide – mit wirtschaftlichen Mitteln. Ein vertrauliches Papier aus dem Auswärtigen Amt beklagt, dass Moskau in der Bevölkerung Serbiens hohes Ansehen genieße, auch wegen seiner Haltung zum Kosovo. Russen können beliebt sein? Das passt nun gar nicht zur westlichen Sicht der Dinge.“

Jakob Augstein, Alien vs. Predator, Spiegel Online, 20.11.2014.

Vorurteile gegen alles Östliche haben in deutschen Landen Tradition. Systematisch medial ausgebaut wurden sie erstmals im Interesse von Militär und Industrie zur Einleitung des Ersten Weltkriegs. Jetzt, rund 100 Jahre später, wirken die Lehren, die durch Aufklärung und Friedensbewegung nach zwei Weltkriegen gezogen werden konnten und mußten. So ist auch

die öffentliche Intervention von Matthias Platzeck, dem Vorsitzenden des Deutsch-Russischen Forums zu verstehen: „Wir haben Rußland nicht ernst genommen in seiner Einkreisungsangst. Wir können sagen, die Angst ist unnötig, die NATO ist ein Verteidigungsbündnis – hilft uns aber nichts.“ Zurecht weist er darauf hin, daß an die Stelle der Konkurrenz um Einflußsphären zwischen West und Ost ernsthafte Verständigung und Entwicklungskooperation gesetzt werden muß, wenn man den Frieden will.

Die propagandistische Verteufelung des russischen Staatspräsidenten in den Mainstream-Medien soll demgegenüber von den realen Ursachen des Konflikts um die Ukraine ablenken: Das sind zuallererst die großen sozialen Spannungen in dem von Oligarchen beherrschten Land, zwischen Oben und Unten und Osten und Westen. Das sind zweitens die Avancen der NATO und der EU, die Ukraine zu inkorporieren und damit von der wirtschaftlichen und kulturellen Partnerschaft mit Rußland endgültig abzuschneiden. Dafür sind nationalistische und rechtsradikale Kräfte vom Westen gefördert worden – mit dem Bürgerkrieg als Konsequenz. Das ist drittens die geostrategisch und ökonomisch interessierte sowie innenpolitisch populäre Ab-

Demonstration:
**Gemeinsam
für den Frieden
Friedenslogik
statt Kriegsrhetorik**

Samstag, den 13. Dezember 2014
Start: 13h Kriegsklotz (S-Dammtor)
Abschluß: 15h Hansaplatz

sicht der Russischen Föderation, die zur ihrer Einflußsphäre gezählte Ukraine nicht westlichen „Bündnissen“ zu überlassen.

Das alles findet auf dem Rücken der ukrainischen (und mittelbar auch der weiteren europäischen) Bevölkerung statt. Entgegen der medialen Vereinseitigung drängt eine wachsende kritische Öffentlichkeit auf die notwendig friedliche

Lösung: Dialog anstelle von Drohungen und Sanktionen, politische Zusammenarbeit anstelle militärischer Maßnahmen und Manöver sowie echte wirtschaftliche Hilfe (aus West und Ost) statt noch mehr Abhängigkeit durch Kredite und Privatisierungen.

Friedensbewegtes Engagement ist deshalb erforderlich: Für politische Verhandlung aller Beteiligten und die Durchsetzung einer echten Waffenruhe, für ein Verbot aller faschistischen Organisationen und die Entwaffnung von paramilitärischen Einheiten, für humanitäre Hilfe und Heilung des angerichteten Schadens im sozialen Leben und der Infrastruktur, für die Rücknahme der auf Militarisierung und Privatisierung gerichteten EU-Assoziierung der Ukraine, für einen eindeutigen Verzicht der EU und NATO auf eine Mitgliedschaft der Ukraine und vor allem für Solidarität mit allen Kräften des Friedens, der Demokratie und der sozialen Verbesserungen.

Internationale Solidarität wirkt durch Aufklärung. Frieden muß geschaffen werden.



Zusammen für Zivilisierung

Unsere Programmatik zur Wahl des Studierendenparlaments

„Krieg ist nicht mehr die Ultima ratio, sondern die Ultima irratio. Auch wenn das noch nicht allgemeine Einsicht ist: Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche. [...] Der Einsicht in die Abgründe eines globalen Krieges folgte die Erkenntnis, daß Probleme globalen Ausmaßes uns bedrängen: Hunger, Bevölkerungsexplosion, Umweltgefahren, Abnahme der natürlichen Vorräte. [...] Da geht es um Aufgaben, die die Grenzen jedes Staates und Kontinents überschreiten. Da wird Politik selber zur Wissenschaft; und diese Wissenschaft ist eine, an der gerade die reichen, die zivilisatorisch überlegenen Mächte gemeinsam teilnehmen müssen; es kann sie kein Staat mehr für sich allein betreiben. [...] Dazu müssen wir noch mehr wissen über den Ursprung des Unfriedens. Auch hier liegen große Aufgaben für die Friedens- und Konfliktforschung. Ich meine: neben vernünftiger Politik ist Lernen in unserer Welt die eigentlich glaubhafte Alternative zur Gewalt.“

Willy Brandt, Bundeskanzler von 1969-1974: „Friedenspolitik in unserer Zeit“, Universität Oslo am 11. Dezember 1971 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises.

Die Geschichte zeigt, daß gesellschaftliche Umbrüche wie in den 1960er und 70er Jahren, für eine Zivilisierung der Lebensverhältnisse wirken. Studentische Bewegung hat dazu erheblich positiv beigetragen.

Gegenwärtig werden aber erneut für egoistische, machtpolitische und ökonomische Interessen soziale Ungleichheit zugespitzt und Kriege ausgeweitet. Diese Politik erfährt gesellschaftliche Opposition, die weiter wachsen muß.

Frieden ist zunehmend eine globale Notwendigkeit.

Bildung mündiger Menschen und sozial verantwortliche Wissenschaft können von den Hochschulen aus kultivierend für alle verallgemeinert werden.

Aufklärung überwindet Gewalt.

In dieser Erkenntnis ruft das Studierendenparlament mit vielen anderen Uni-Gremien in diesem Winter zum Engagement „Für die Ausfinanzierung der Hochschulen zum allgemeinen Wohl“ auf: *„Die Universität hat in ihrem Leitbild den Anspruch formuliert, mit ihrer Arbeit zu einer zivilen, sozialen, demokratischen, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen.“*

Beschluß des Studierendenparlaments vom 30. Oktober 2014.

Die hochschulpolitischen Aktivitäten ermöglichen, die schädlichen Gebote der „Unternehmerischen Hochschule“ solidarisch abzustreifen und Neues zu erreichen. Verbesserungen, die hier durch vermehrte ge-

meinsame Aktivität durchgesetzt werden können, haben einen weitenden gesellschaftlichen Sinn:

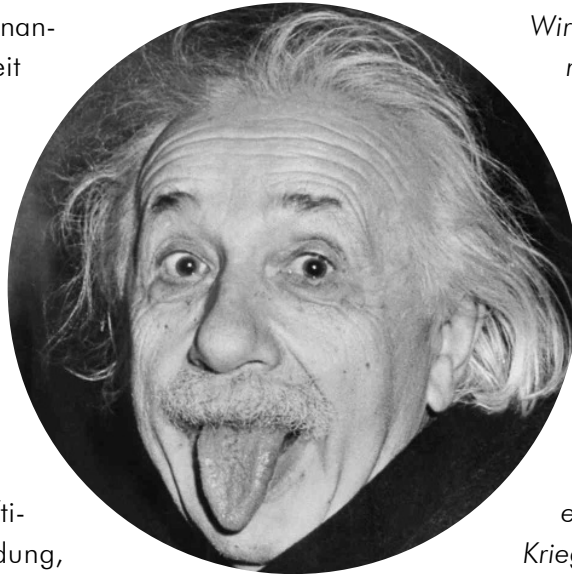
Friedensforschung sollte die BWL als Leitwissenschaft ersetzen. Dafür ist das Engagement für eine gesetzlich verankerte Zivilklausel von besonderer Bedeutung. Sie soll alle Hochschulen darin bestärken, entgegen geschäftlicher und militaristischer Instrumentalisierung in Forschung und Lehre gemeinsam mit zivilen Mitteln friedliche Zwecke zu verfolgen.



Kooperatives Lernen als gemeinsamer Erkenntnisgewinn erfordert zudem, die Jagd nach Leistungspunkten und Noten zu beenden. Mündige Menschen sollten als Leitbild das „Erwerbspersonenpotenzial“, das sich die Handelskammer wünscht, ersetzen. Dafür können in solidarischer Aktivität (z.B. für eine echte Reform des BaFög und des Hochschulgesetzes) auch soziale Enge und die Exmatrikulation als permanente Drohungen beseitigt werden.

Im Kampf für ein neues Hochschulgesetz sind 2014 bereits leichte Erweiterungen der demokratischen Partizipation erreicht worden. Daran ist anzuknüpfen, denn die Abschaffung des wirtschaftsnahen Hochschulrats und die Herstellung umfassender Partizipationsmöglichkeiten stehen noch aus. Hochschulen als öffentliche Einrichtungen müssen in demokratischer Mitbestimmung das allgemeine Wohl ermitteln und vertreten, anstatt der Willkür großer Marktakteure zu folgen.

Wissenschaft zur globalen Problemlösung und Hebung der Lebensverhältnisse kann nur kooperativ, welt-offen und kritisch gelingen. Um damit voranzukommen, stehen Unterfinanzierung, Drittmittelabhängigkeit und „leistungsorientierte Mittelvergabe“ in wachsender Kritik. In diesem Sinne sind gemeinsame Aktivitäten für die staatliche Ausfinanzierung von Bildung und Wissenschaft ermunternd für alle. Denn gesellschaftlich erarbeiteter Reichtum, der für ein gutes globales Zusammenleben (z.B. für produktive Vollbeschäftigung und für Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur sowie nachhaltige Mobilität aller) eingesetzt wird, wirkt zerstörerischer Spekulation und kostspieliger Kriegspolitik entgegen:



„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, daß unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges mißbraucht werden. [...] Unsere Waffen seien Waffen des Geistes, nicht Panzer und Geschosse. Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.“

Albert Einstein, „Für einen militanten Pazifismus“, 1931.
Heben wir gemeinsam dieses Potenzial!

Status quo? – No!

„Das Erreichte ist unser Ansporn.“
SPD-Wahlprogramm (Entwurf), 27.11.2014.

Wenn die SPD mit ihrem Regierungshandeln zufrieden ist, darf man skeptisch sein. Die Entwicklung der Stadt ist zwar im globalen Maßstab nicht Elend. Hamburg ist seit Jahrhunderten eine der reichsten Städte des Kontinents, zählt 42.000 Einkommens-Millionäre sowie zwei Handvoll (Multi-)Milliardäre und ist die Hafenstadt der wirtschaftsstarken Republik. Deshalb ist der Steuersäckel auch ohne notwendige Erhöhungen der Erbschafts-, Gewinn- oder Vermögensbesteuerung gut gefüllt. Da die Sozialdemokratie sich bisher aber in ihrem Mainstream auf die vorausseilende Einhaltung der Schuldenbremse (= Bedienung der Banken, Bescheidenheit für die Bevölkerung) und kommerzielle Großspurigkeit („Olympia“) festgelegt hat, geraten wesentliche veränderungswürdige Tatsachen aus dem Blickfeld: 68 % der HamburgerInnen verdienen unterdurchschnittlich, jedes fünfte Kind wächst in relativer Armut auf. Tarif- und Preissteigerungen erdrücken bei nur marginal wachsenden staatlichen Zuweisungen Sozia-

le Dienste, Kitas, Schulen, Hochschulen und Kultureinrichtungen. Es fallen mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung als an sozialem Wohnraum neu geschaffen wird. Der Alltag ist für nicht wenige aufreibend. Folglich pfeifen die „Spatzen“ (Gewerkschaften, Kita-Bewegung, Hochschulproteste etc.) es auf den Straßen: Umverteilung von Oben nach Unten steht auf der politischen Tagesordnung – für soziale und kulturelle Verbesserungen, produktive Arbeit, kulturelle Teilhabe aller, für Gesundheit der Einzelnen sowie die Heilung des Gemeinwesens. Der Sozialdemokratie aber hat sich ideologisch veranant: *„Wer sich anstrengt, soll etwas davon haben.“* (Wahlprogramm-Entwurf, Präambel). Das ist Rhetorik für Vereinzelung und individuelle Anpassung an irrationales Marktgeschehen. Diese sogenannte „Eigenverantwortung“ ist nur die subjektiv-egoistische Seite der politisch geschürten Standortkonkurrenz (*„Hamburg weiter vorn“*). Im Einklang mit solcher „Anstrengung“ stehen beispielsweise der Verzicht der SPD auf eine



Vermögenssteuer (für das Bündnis mit der CDU in Berlin) und ein – ausgehöhlter – Mindestlohn von 8,50 Euro (allerdings nicht gültig für Bürgermeister).

Dieser sogenannte Pragmatismus bewegt sich nun verschärft im Gegensatz zu gesellschaftlich befürworteter und praktizierter Solidarität, dem Erfordernis keynesianischer Investitionspolitik für humane Zwecke und dafür nötiger argumentativer, politischer Konfliktfähigkeit

gegenüber den Gewinn-Größten. Das Verfassungsgebot „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art.1) wiegt ungleich mehr als die „Schuldenbremse“.

Eine aufgeklärte, sozial prosperierende Stadt, die international für friedliche Zusammenarbeit wirkt, erfordert da die solidarische Aktivität der Bevölkerung. Diese Aussicht ist eine gute Motivation.

Richtigstellung:

„Jusos“ sind eigentlich „Jungsozialisten“ in der SPD. Die Bezeichnung „Juso-Hochschulgruppe“ wurde aber 2004 von der heutigen Gruppe dieses Namens im Auftrag des SPD-Landesvorstands gekapert. Die Senatsjugend steht funktional dem konservativen „Seeheimer Kreis“ der SPD nahe.

„harte zeiten – junge sozialisten & fachschaftsaktive“ sind linke SozialdemokratInnen und SozialistInnen. Wir sind aktiv für Frieden und internationale Solidarität, für Bildung als solidarische Entfaltung, für konsequenten Antifaschismus und umfassende soziale Demokratie – als Bruch mit Neoliberalismus, Standort-Konkurrenz und Egoismus. Dafür setzen wir uns auch in gesellschaftlichen Bündnissen und Gewerkschaften ein. Wir sind so kontinuierlich aktiv als Assoziation für sozial-emanzipatorische Politik in der Gesellschaft und in der SPD:

*In der Bewegung,
die unaufhaltsam vorwärts
drängt, wirkt Entfaltung.*

**In der Bewegung,
die unaufhaltsam vorwärts
drängt, wirkt Entfaltung.**



Liste der Kandidierenden zum Studierendenparlament



Bei den **Wahlen zum Akademischen Senat**
kandidieren wir als Liste Nr. 3
im **Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE!)**
